

Antrag Nr. 9

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]
an die 7. Vollversammlung der XV. Funktionsperiode am 12.5. 2017
der Arbeiterkammer Niederösterreich**

KV-Autonomie verteidigen!

Mit dem neuen Regierungsübereinkommen hält mit der Erpressung, entweder durch die Regierung gleich mit vorgegebene Ergebnisse „auszuverhandeln“ oder diese ansonsten gesetzlich durchzupfeitschen, ein bislang einzigartiger Eingriff in die KV- und Verhandlungsautonomie der Gewerkschaften Einzug.

Mit welcher Entschiedenheit und Brachialität die Bundesregierung unter Kanzler Kern Arbeitszeitflexibilisierungen und Mindestlohngestaltung, nach eigenem Ermessen und Gutdünken durchzupfeitschen gedenkt, brachte Letzterer unlängst vor Spitzen-Vertretern des heimischen Kapitals unumwunden zum Ausdruck: *„Ich hoffe, dass die Drohung mit einem Gesetz wirkt. Wenn die Sozialpartner bis 30. Juni keine Lösung finden, werden wir das einer Lösung zuführen.“*

Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Niederösterreich:

- Die AK Niederösterreich weist diesen unverfrorenen Eingriff in die KV- und Verhandlungsautonomie der ArbeitnehmerInnen-Vertretungen auf das Entschiedenste zurück, lehnt sämtliche derartige Verhandlungs-Ultimaten ab und beugt sich im Interesse der Beschäftigten auch keinen wie immer gearteten Drohungen der Regierung.